

SheDrivesMobility 146 - Verfassungsbeschwerde

Katja (0:15)

Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Folge She Drives Mobility. Mein Name ist Katja Diehl und seit über fünf Jahren lade ich hier alle 14 Tage mir Menschen ein, mit denen ich zusammen mal schaue, was läuft da eigentlich so schief, dass in Deutschland die Mobilitätswende immer noch nicht begonnen hat. Ihr habt es vielleicht mitbekommen, Volkswagen ist jetzt in einer Krise. 30.000 Jobs sollen abgeschafft werden, eventuell auch Werke geschlossen. Das klingt immer sehr dramatisch. Und ja, vor fünf Jahren hat Robert Habeck noch gesagt, dann werden sie eben untergehen. Fünf Jahre später ist er jetzt natürlich der Kanzlerkandidat der Grünen und sozusagen schon im Wahlkampffieber. Und es gibt bald wieder Elektro-Auto-Kaufprämien. Das ist für mich schon problematisch, denn auf der gleichen Schiene, ha ha, fährt ja auch die Bahn in der Krise ständig und immer. Ich bin gerade mit dem zweiten aktuellen Buch von mir unterwegs auf Lesereise und habe mitbekommen, wie innerhalb von zwei Jahren allein die Qualität der Regionalbahnen sich verschlechtert hat, aber auch im Fernverkehr und gleichzeitig diese Regionalbahnen total voll sind, weil Menschen Bahn fahren wollen. Was ist denn mit uns und unserer Krise, wir, die wir auf die Bahn angewiesen sind und die wir unsere Radwege auf gar keinen Fall durch Autos ersetzen wollen? Irgendwie nix, oder? Naja, es gibt heute aber ein Thema, das mich zusätzlich noch umtreibt. Und das ist die tatsächlich weltweit eskalierende Situation gegenüber Klimaaktivismus. Es werden in manchen Ländern ja sogar Menschen getötet, die sich für die Zukunft unseres Planeten einsetzen. Und auch bei uns gibt es Situationen wie bei der Letzten Generation. Da ist gerade eine Person zu einem Jahr zehn Monaten im Gefängnis verurteilt worden. Also das ist absurd in einer Zeit, wo ein Bundesverkehrsminister nicht dafür sorgt, dass seine Emissionen im Sektor

steigen. Deswegen habe ich mir Menschen eingeladen. Das ist unter anderem die Irma, die auch mal bei der Letzten Generation war, die jetzt bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen wird und mit einer Verfassungsbeschwerde erreichen möchte, dass anerkannt wird, dass friedlicher Protest für die Zukunft des Planeten nichts ist, wo man derartig bestraft werden kann. Sie wird unterstützt von Menschen aus dem RAZ. Das ist eine Vereinigung von juristisch gebildeten Personen, die auch schon die Letzte Generation begleitet haben, teilweise auch mit psychischem Support, weil das natürlich auch sehr belastend ist. Und ich freue mich sehr, dass auch Ronen Steinke zugesagt hat. Er ist für mich wirklich eine sichere Bank, wenn ich mal wieder Fragen habe, warum Recht und Gerechtigkeit so auseinander klaffen, dass er das für mich einsortiert. Also guckt auch mal gerne bei ihm rein. Er hat viele Bücher auch dazu veröffentlicht. Er ist jemand, der Jura in die normale Sprache führen kann. Und er macht hier auch relativ klare Aussagen. Wenn dir diese Folge gefällt, dann freue ich mich sehr, wenn du meinen Podcast weiter empfiehlst, wenn du ihm Sternchen vergibst, wenn du mir bei Ko-Fi einen Kaffee aus gibst oder per PayPal etwas zukommen lässt oder halt eines meiner beiden Bücher kaufst. Im Moment bin ich auch viel unterwegs. Das siehst du immer wieder auf meinem Kalender. Jetzt aber viel Freude und Erkenntniswert mit der Folge rund um Klimaaktivismus und Recht. Ach so, und kleiner Disclaimer, bevor es jetzt wirklich losgeht. Ronen hatte krasse Verbindungsprobleme. Deswegen hat er seine Spur nochmal ausgesprochen. Das wird sich etwas im Ton niederschlagen. Ist eine andere Qualität. Und ja, nur dass ihr wisst, warum es zwischendurch so ein bisschen hakelig ist. Viel Freude.

Katja (4:02)

Ja, Menschen, die meinen Newsletter lesen, wo ich ja auch immer versuche Optimismus und Hoffnung zu verbreiten, wissen auch, dass ich mir aber um manche Dinge auch Sorgen mache. Und das ist unter anderem

natürlich ganz persönlich der mangelnde Schutz meiner Person gegen Hate, der mich auf allen möglichen Plattformen, aber auch per Brief oder Pizza erreicht. Aber auch so ein bisschen, wie sich die juristischen und rechtlichen Dinge in Deutschland verschoben haben in den letzten drei Jahren, da habe ich - und der ist heute auch gleich zu Gast, er darf aber am Anfang noch nichts sagen - Ronen Steinke wieder hier, der uns das alles mal so ein bisschen einsortieren wird, was da so passiert ist in der letzten Zeit. Und ich habe aber auch etwas sehr Konkretes mitgebracht. Irma und ich haben uns auch schon persönlich kennengelernt bei den Energiewerken Schönau. Haben uns vor anderthalb Jahren mal getroffen. Und Irma ist Teil der Letzten Generation gewesen, hat dementsprechend auch die Protestform für sich entdeckt in einer gewissen Zeit. Und Stephan, der auch nachher noch zu Wort kommen wird, ist Rechtsreferendar und im sogenannten RAZ e.V. Ich dachte früher, so ne Kindersendung, Ratz und Rübe hießen die, daran erinnert mich das. Aber das ist etwas anderes, wird er auch noch erklären. Irma, dich würde ich als erstes mal bitten, was für Proteste hast du denn mit der Letzten Generation gemacht, dass man sich einfach vorstellen kann, in dem Sinne, um welchen Tatbestand geht es hier gerade in dem, was du durchlebst?

Irma (5:32)

Also ich habe mit der Letzten Generation zusammen verschiedene Proteste gemacht. Aber das, was ich mit @chiamalz gemacht habe, waren eben die Straßenblockaden, die auch das sind, was da meisten mitbekommen wurde. Und darum geht es auch in den Verfahren. Insofern würde ich vielleicht auch dabei bleiben. Und diese Straßenblockaden haben ein super einfaches Prinzip. Also man gestaltet das quasi so ungefährlich wie möglich, weil eben dieser Grundsatz der Gewaltfreiheit auch das beinhaltet, dass man eben kein unnötiges Risiko eingeht. Das heißt, dass man zum Beispiel die Straßen nur betritt, wenn die Ampeln

grün sind, so dass man halt nie den fließenden, sondern immer nur den stehenden Verkehr unterbricht. Und das ist eben auch das Verfahren, um das es hier geht. Da geht es um zwei, also am Anfang sind es auch um drei Blockaden. Eines wurde quasi eingestellt zwischendrin. Und das ist auch schon mega lange her, das war im Sommer 2022. Und das war das erste Jahr, in dem ich mich überhaupt an den Aktionen von der Letzten Generation beteiligt habe. Und ich habe auch lange nur fotografiert. Und das war so relativ am Anfang, auch als ich angefangen habe, selbst auch auf der Straße zu sein. Genau, und ich habe mich da auch festgeklebt. Und dann bildet sich eben ein Stau und dann löst sich das so langsam auf. Und da gibt es eigentlich sehr klare Regeln, auch wie das aufgelöst werden muss. Die werden manchmal eingehalten von der Polizei, manchmal auch nicht. Und im Nachklang, also wenn ich gerade dabei bin, kann ich das auch kurz erzählen. Im Nachklang dauert es dann alles ein bisschen. Und man weiß natürlich vorher einigermaßen, worauf man sich einlässt und was das für juristische Konsequenzen haben kann. Aber so 100 Prozent weiß man es natürlich nicht. Es ist immer nur eine Schätzung. Das heißt, es gibt immer auch eine gewisse Unwägbarkeit. Und das ist Risiko, das man am Ende sich entscheidet, in Kauf zu nehmen oder dass ich mich entschieden habe, in Kauf zu nehmen. Und da war es eben so, dass dann ... es hat schon noch eine Weile gedauert. Ich habe irgendwann wahrscheinlich auch mal einen Anhörungsbogen oder so bekommen. Da kann ich mich jetzt nicht so genau dran erinnern. Und das Erste, was man so lernt, worauf man reagieren muss, sind halt Einschreiben. Das kann man gut erkennen, weil die gelb sind. Und da muss man dann meistens auch relativ schnell reagieren. Ich habe dann einen Strafbefehl bekommen dazu. Und ein Strafbefehl ist quasi ein Urteil per Post. Das heißt, es ist so, als wärst du schon in der Verhandlung gewesen. Und dann kriegst du ein Urteil. Und da steht dann, in meinem Fall, stand da drin, der Vorwurf war Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Nötigung. Und ich weiß jetzt nicht mehr genau, was da für ein Urteil stand,

aber so und so viele Tagessätze, ich glaube, vielleicht 60 Tagessätze oder so was für diese drei Blockaden. Und dann steht da auch eine Höhe von dem Tagessatz drin, die meistens geschätzt ist und meistens auch falsch ist. Und dieses Urteil wird quasi rechtskräftig, dieser Strafbefehl, wenn man nicht rechtzeitig Einspruch einlegt dagegen. Dafür hat man, ich glaube, zwei Wochen Zeit, oder ... zwei Wochen? Ja. Und das habe ich gemacht. Und dann wird es quasi in der ersten Instanz verhandelt, also in meinem Fall im Amtsgericht in Berlin, am Tiergarten. Und bei mir war es so, dass sich das ziemlich gezogen hat, weil das erste Verfahren, da war eine Richterin da, die das sehr langsam gestaltet hat. So dass es quasi angefangen hat mit einem Termin, der schon sehr, sehr lange ging. Und dann weiter ging mit einem zweiten Termin, der am Ende aber nicht stattgefunden hat. Und genau, da gibt es verschiedene Fristen, die verschiedene Leute einhalten müssen. Und sie hat ihre quasi nicht eingehalten, um einen neuen Termin zu finden. So dass es dann wieder von vorne angefangen hat, mit einem anderen Richter. Und dann, das war schon, also ich glaube, das erste Verfahren war so im Frühling 2023. Und dann der zweite Termin war irgendwann später, 2023. Und dann kommt das irgendwann zu einem Urteil. Und wenn man dieses Urteil dann hat, dann kann man da eben wiederum sagen, wenn man damit nicht einverstanden ist. Und ich wurde eben verurteilt wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Nötigung zu, ich glaube, 60 Tagessätzen. Und da habe ich dann eben Einspruch eingelegt. Und dann wird es am Landgericht behandelt. Das ging auch ... also das kann sehr, sehr lange dauern. In meinem Fall ging es relativ schnell. So dass wir dann im Winter 2023, glaube ich, waren wir am Landgericht. Und dort wurde eben dieses Urteil bestätigt. Ich glaube, es sind eben die 10 Tagessätze weniger geworden oder so. Aber es war jetzt nicht erheblich anders. Und dann kann man eben nicht mehr ... also dann kann man Revision einlegen. Das heißt, das Verfahren wird überprüft auf Fehler in dem Verfahren. Also es gibt quasi ein Protokoll, nach dem diese Verfahren stattfinden müssen. Und

wenn die Richterin darin einen Fehler macht, dann muss man es wiederholen. Das war nicht der Fall. Und dann gibt es eben die Möglichkeit, Verfassungsbeschwerde ... nee, dann kommt es ins Kammergericht. Und im Kammergericht muss man dann selber nicht mehr hingehen. Die machen das quasi alleine. Die gucken sich das alles nochmal an und gucken eben, ob es so zu Recht gelaufen ist. Ihr könnt es ja alles nochmal korrigieren, wenn ich irgendwas vergesse. Und da, genau, die haben eben gesagt, nee, nee, stimmt schon, so ist in Ordnung, das passt. Und daraufhin kann man dann Verfassungsbeschwerde einlegen. Es dauert also eine ganze Weile, bis es überhaupt zu diesem Punkt kommt. Und genau, das hatte ich mit meinem Anwalt, mit Lukas Theune, eigentlich schon besprochen, nachdem wir im Landgericht waren, dass wir das gerne machen möchten, wenn es möglich wäre.

Katja (11:01)

Und was waren für dich die Beweggründe, diesen Weg anzustreben? Weil es ist ja nicht unbedingt der einfache Weg und dann bist du auch gar nicht mehr so aktiv bei der Letzten Generation dabei. Also wo ist für dich die Motivation, diesen Weg zu gehen?

Irma (11:15)

Ja, also dass ich nicht mehr aktiv bei der Letzten Generation dabei bin, heißt ja nicht, dass ich falsch finde, was ich gemacht habe, sondern ich finde es sehr richtig und finde es nach wie vor sehr wichtig und habe da meine Überzeugung nicht abgebaut. Genau, das ist, glaube ich, ein anderes Thema. Warum ich dann da jetzt nicht mehr bin, da will ich jetzt gar nicht so drauf eingehen. Und ich finde, dass es in der Demokratie sehr, sehr wichtig ist, wie man damit umgeht, wenn Leute protestieren, weil es einfach ein sehr essentieller Bestandteil ist von Demokratie, dass das möglich ist. Und der Protest, den ich gemacht habe mit der Letzten Generation, ist gewaltfrei, das heißt, da kommt niemand zu Schaden und

es wird auch nie angestrebt, dass jemand zu Schaden kommt. Und ist quasi vertreten in Anliegen, dass der essentiell und sehr universell ist. Also es geht grundsätzlich um den Erhalt der Lebensgrundlagen und irgendwie auch um den Erhalt von der Möglichkeit von Menschenwürde. Und es geht darum, dass man sich einsetzt nicht für, also ich setze mich ja nicht dafür ein, dass ich irgendwie ein besseres Leben habe oder dass mein Haus schöner wird oder so. Und so ... natürlich geht es auch um mich, aber es geht genauso um alle anderen Menschen, die auf dieser Welt leben. Und es ist so das größte gemeinsame Gut, das wir haben, dass ich mit dem Protest versucht habe, zu verteidigen oder mich dafür einzusetzen, dass wir das nicht kaputt machen, was ja erstmal selbstverständlich sein sollte. Und weil es eigentlich selbstverständlich sein sollte, ist es eben auch im Grundgesetz festgeschrieben, dass es geschützt werden soll und das passiert nicht. So, das heißt, der Grund, warum ich überhaupt mich für diesen Protest entschieden habe, ist, dass die Leute, die verantwortlich dafür sind, das Grundgesetz zu schützen, das nicht tun. Und deswegen finde ich es einfach falsch, wenn ich dafür dann quasi verurteilt werde. Also das erschließt sich mir nicht und das erschließt sich auch meinem laienhaften Rechtsverständnis nicht. Und solange ich die inneren Ressourcen quasi habe, da konsequent mit dem zu bleiben, wie ich das einordne und finde und meinem Demokratieverständnis da irgendwie zu folgen, bin ich froh, wenn ich das machen kann und da auch die Unterstützung habe, das durchziehen zu können. Und ich finde es mit jedem Tag wichtiger, weil was wir ja gerade sehen, ist einfach eine sehr gruselige Entwicklung in Deutschland, in Europa und weltweit, was Versammlungsfreiheit angeht, was die Möglichkeit angeht zu protestieren, was überhaupt die Entwicklung von Autokratien und Faschismus angeht. Und dass das alles eben auch zusammenhängt mit der Klimakrise und dass man das schon sehr lange weiß. Und diesen Zusammenhang herstellen zu können und aufzuzeigen, dass diese Protesträume geschützt werden müssen und dass so Freiheiten der Zivilgesellschaft er-

halten bleiben müssen, damit es überhaupt die Chance gibt, dass eine Demokratie demokratisch bleibt, finde ich, ist halt Teil dieser Verfassungsbeschwerde. Und ich bin sehr, sehr froh, wenn ich dazu, wenn ich mit dem, also ja, wenn ich halt bis hierher zufällig da gelandet bin, dass ich dazu beitragen kann, dass das besprochen wird. Weil ich das so wahnsinnig wichtig finde einfach.

Katja (14:22)

Danke dir. Ronen, da ist jetzt gerade ein gutes Stichwort gefallen, was ich ja auch immer habe. Gerechtigkeit und Recht ist leider nicht immer dasselbe. Und ja, die Entwicklung, die Irma gerade geschildert hat, die sehe ich ja auch. Also würdest du vielleicht mal für uns alle so ein bisschen einsortieren, was ist eigentlich so die letzten zwei Jahre oder auch vielleicht sogar seit Aufkommen der Protestformen die Letzte Generation so gestaltet hat? Was ist da passiert in Sachen Klimaproteste und Justiz oder Rechtsprechung?

Ronen (14:58)

Ja, also Gerechtigkeit und Recht sind nicht dasselbe. Das ist, glaube ich, immer richtig. Es liegt daran, dass Gerechtigkeit natürlich ein bisschen was ist, worüber man streiten kann. Der eine hält das für gerecht und die andere hält das aber für ungerecht. Und das Recht, was dann politisch vom Bundestag oder von anderen Instanzen gemacht wird, das ist halt der Kompromiss, auf den sich dann die jeweils aktuellen Machtverhältnisse irgendwie einigen konnten. Dann kann man aber trotzdem am Rand stehen und sagen, ihr habt euch da für etwas total Ungerechtes geeinigt und man kann damit ja durchaus auch Recht haben. Also ich teile das dann oft auch und finde auch vieles, was in unseren Gesetzbüchern steht, überhaupt nicht gut, überhaupt nicht richtig. Also um zusammenzufassen, die Entwicklung der vergangenen zwei Jahre ist eine, dass die Strafen härter geworden sind. Also es begann ja mit einer Dis-

kussion zwischen den Gerichten, wie soll man jetzt mit den Klimaklebern umgehen, soll man die überhaupt bestrafen. Es gab anfangs auch einige Richterinnen und Richter, nicht viele, aber es gab schon einige, die gesagt haben, nee, das bestrafen wir jetzt gar nicht, sondern das akzeptieren wir einfach als legitimen Protest. Und Demos sind ja erlaubt, Demos dürfen auch stören, das ist ja völlig okay. Es gibt ja ständig Demos, die irgendwie Verkehrsstaus auslösen und deswegen geht noch keiner ins Gefängnis. Aber die Diskussion ist bald auch vorbei gewesen und die herrschende Meinung in der Justiz war dann recht bald etabliert: doch, das muss man jetzt als Nötigung anklagen und auch verurteilen. Dann begann es zaghaft mit zunächst so geringeren Geldstrafen, dass mal jemand für so eine lokale Aktion vielleicht so ein Monatseinkommen, also 30 Tagessätze oder 40 Tagessätze bezahlen musste. Und es steigerte sich dann so langsam, wenn die Leute dann zum dritten, vierten Mal vor Gericht standen, dann gab es dann auch mal Freiheitsstrafen, zunächst auf Bewährung. Und so hat sich das immer weiter hochgeschraubt und von Mal zu Mal wurde es schärfer, ein bisschen aus der Justizlogik heraus, dass man sagt, naja, wer beim ersten Mal nicht hören wollte, mit dem müssen wir jetzt wohl lauter reden. Das kann man ja, finde ich, auch fraglich finden, diese Logik, aber das ist die Logik, die da zum Tragen kam. Und wo sind wir jetzt? Jetzt sind wir da, dass wir kürzlich ein Urteil hatten im August, wo in Berlin eine Aktivistin zu fast zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Ein Jahr und zehn Monate. Das war nicht wegen einer einzelnen Tat, das war wegen einer Reihe von Taten. Also mit Taten meine ich jetzt Straßenblockaden. Aber wenn man sich das mal en détail anschaut, war also ein Jahr von diesen ein Jahr und zehn Monaten nur für eine einzige Straßenblockaden-Aktion. Und wenn man das mal sich so als Preiskategorie vor Augen führt, ja, ein bisschen einen Verkehrsstau zu verursachen - und dafür gibt es jetzt inzwischen schon in Deutschland ein Jahr Knast, ob auf Bewährung oder auch nicht. Das kann ja schnell sein, eine Bewährung ist ja schnell dahin, dann ist man

wirklich im Gefängnis. Das ist schon eine Härte, die hätte man vor zwei Jahren sich nicht träumen lassen. Da hat sich schon was extrem zugespitzt. Und wo geht es jetzt weiter hin? Wir werden sehen Ende des Jahres, Anfang kommenden Jahres, wie es mit „krimineller Vereinigung“ weiterläuft. Da ist ja die Justiz in Bayern dahinter, die Letzte Generation im Prinzip auf eine Stufe zu stellen mit organisierter Kriminalität, mit Mafia. Ich habe Zweifel, ob das gerichtlich durchgehen wird, aber das wird jetzt mal ausgefochten werden vor Gericht. Und ... also, es gibt in der Justiz nicht wenige, die wollen jetzt überhaupt nicht mehr umkehren. Die wollen jetzt so lange auf die Pauke hauen, so lange auf schärfere Strafen dringen, bis die Gegenseite, also die Aktivisten, die Aktivistinnen, klein beigegeben.

Katja (18:44)

Und was hast du für ein Gefühl? Also ich als Laien denke, da gibt es dieses Gesetzbuch und dann gibt es ja auch immer Interpretation von Gesetz. Das ist ja auch nicht uneindeutig, sondern das ist etwas, wo man auch in die Aushandlung geht. Woher kommt die Schärfe? Also wie, wie ... also ich habe mit dir ja besprochen, dass es diese eigentlich für Terroristinnen gedachten Gesetze gibt in manchen Bundesländern, die bisher aber nur gegen Klimaaktivistinnen angewandt worden sind. Aber mir ist schon klar, wenn ich die Welt, wie sie ist in Deutschland gerade beobachtet, dass es allgemein irgendwie so einen Drang gibt nach Schärfe auch in bestimmten juristischen Details. Aber was hast du, wenn du jetzt auf dieses spezielle Thema guckst? Weil das ist ja etwas, also sorry to say, genau wie ihr es auch mal formuliert habt. Also was könnte denn das höhere Gut sein, als die Zukunft von kommenden Generationen zu bewahren, indem man heute etwas verändert an dem fossilen Wachstum, was wir haben? Also es ist ja sowas, wo man, wenn man, wenn man nicht blind durch die Gegend geht und auch mal Nachrichten liest und immer wieder den heißesten Sommer, den heißesten Monat und so weiter hatte.

Und das ist ja total diametral zu dem, dass es sich noch verschärft. Also nicht, dass ich jetzt Verständnis gehabt hätte, dass es weiterhin überhaupt bestraft wird, aber dass es sich verschärft, finde ich so interessant. Hast du da Beobachtungen gemacht, wo das herkommt?

Ronen (20:07)

Also jetzt spiele ich mal, sozusagen, Staatsanwaltschaft und schlüpf mal kurz in deren Haut. Also deren Argument ist ja nicht „Klimaschutz ist Quatsch!“. Es ist ja, also da gibt es ja wirklich ... ich rede da mit vielen Leuten der Staatsanwaltschaft, sehr kluge, differenzierte Menschen, die sagen, mit euren Zielen haben wir gar keine Probleme. Darum geht es nicht, es geht um die Methode. Und die Kritik an aller Letzten Generationen ist immer, ihr könnt nicht den Staat zwingen, indem ihr hier mit unangekündigten Protestformen, mit Blockaden, mit also Dingen, die auch, das wisst ihr ja selber, über die Grenzen des Erlaubten hinausgehen, dass ihr da, sozusagen, ja, jemanden „nötigt“. Das sage ich in Führungszeichen, weil das ist ja ein juristischer Begriff. Jetzt schlüpfe ich wieder raus aus meiner Staatsanwaltshaut, also Führungszeichen zu Ende und sage jetzt, ich als Beobachter des Ganzen, als juristisch vorgeprägter Journalist, würde sagen, dass das trotzdem ganz schön harte Worte sind und ganz schön harte Einschätzungen. Also der Paragraph der Nötigung ist ein ganz schwammiger Paragraph. Wenn man den liest, versteht man erstmal gar nicht, was da unbedingt drin gemeint ist. Da ist die Rede davon, dass man einen anderen Menschen zwingt, gegen dessen Willen etwas zu tun und dass das auf eine verwerfliche Weise geschieht. Und ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich werde den ganzen Tag zu Dingen gezwungen, auf die ich keine Lust habe und finde das auch ziemlich verwerflich. Also das sind alles Begriffe, die nicht trennscharf sind, sondern die ganz stark Ansichtssache sind und es ist eine Entwicklung dieser vergangenen zwei Jahre, die hätte auch anders laufen können, aber die Entwicklung ist so gewesen, dass die Justiz in ihrer Mehrheit

sich entschieden hat, diesen Paragraphen sehr weit auszulegen, auszu-
dehnen, könnte man auch sagen, und auch auf friedliche Sitzblockaden,
wo Menschen da sitzen und niemandem ein Haar krümmen, diesen Straf-
tatbestand der Nötigung anzuwenden mit allen Folgen, dass man dann
das ganze Register ziehen kann, dass man Leute, ja eben wie Straftäter,
wie Straftäterinnen, dann vor Gericht bringen und verurteilen und sogar
ins Gefängnis stecken kann.

Katja (22:18)

Stephan, ich würde dich einfach noch mal bitten, das Konstrukt, was da
entstanden ist, noch mal kurz zu erklären. Weil ich glaub, es ist vielen ja
auch nicht bewusst, das hat Irma jetzt auch nur so angedeutet, dass es
natürlich die Menschen, die da protestieren, auch nicht die Menschen
sind, die große Reichtümer haben, wo also Geldstrafen schon sehr emp-
findlich sein können. Vielleicht magst du kurz erzählen, Stephan, so im
Rückblick, wie ist da auch so ein bisschen Hilfe entstanden, auch juristi-
sche Hilfe, um Dinge einzusortieren. Weil Irma hat ja auch zum Beispiel
gesagt, sie wurde vorbereitet auf die jeweiligen Prozesse. Da seid ihr ja
auch im Support. Dass du das mal kurz berichtest vielleicht.

Stephan (23:01)

Ja, voll gerne. Ja, den RAZ gibt es jetzt seit ... also ausgesprochen heißt
es, Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft. Und das bildet auch
schon eigentlich gut ab, was Sinn und Zweck unserer Vereinstätigkeit
ist, nämlich, dass wir Aktivistinnen wie Irma, und ich finde, sie hat es jetzt
schon eigentlich ziemlich gut angedeutet und zusammengefasst, in ih-
rem Engagement unterstützen wollen, wie sie sich hier für eine pluralis-
tische, inklusive Gesellschaft einsetzt, mit dem Fokus für, in dem Kontext
jetzt, Klimagerechtigkeit - und Klimagerechtigkeit ist ja auch oft mit ei-
ner Frage von sozialer Gerechtigkeit verbunden und vor allem der Mög-
lichkeit demokratischer Teilhabe, dass das ein maßgeblicher Punkt ist,

der uns als Verein motiviert und trägt. Und die Menschen, nachdem sie sich für entsprechende Werte eingesetzt haben, so wie hier eben mit der Letzten Generation mit den Straßenblockaden, dass wir dann in allem, was danach kommt ... weil, es hat ein rechtliches Nachspiel und es muss nicht nur Strafrecht sein. Die staatlichen Strukturen sind da sehr kreativ. Verwaltungsrecht wird auch gerne benutzt, wenn Gebührenbescheide erlassen werden, dafür dass PolizistInnen AktivistInnen von der Straße gelöst haben oder weggetragen oder dann teilweise halt auch in Gewahrsam genommen wurden und dass das alles abgerechnet wird. Und da kommt auch schon große finanzielle Belastung häufig auf AktivistInnen zu, die gar nicht sichtbar ist, weil das nicht im strafrechtlichen Rahmen irgendwie stattfindet und in dem Sinn auch keine Öffentlichkeit in einem Gerichtsprozess so möglich ist. Und wir oder vielmehr ich als „Legal Mensch“, also juristisch vorgeprägte Person im RAZ, hab halt das Ziel mit meiner Arbeit, die ganzen rechtlichen Fragen, die da aufkommen und was auch viel mit Ängsten und Bedrohungsszenarien, die da bewusst auch aufgebaut werden, um Menschen von ihrem Aktivismus auf die Art und Weise, wie sie ihn machen, fernzuhalten, dieses Bedrohungsszenario zu entmystifizieren, in dem wir halt zum Beispiel viel Bildungsarbeit machen, dass wir an Wochenenden Leuten erst mal erklären, wie funktioniert so ein Prozess, um beim Strafrecht zu bleiben, wie funktioniert ein Strafprozess? Wer ist da alles aktiv? Wie läuft das ab? Was kann euch da erwarten? Aber wie könnt ihr auch euch da beteiligen? Weil am Ende ist es ein Prozess, der nur für die oder diejenigen geführt wird, der da auf der Anklagebank sitzt. Also es ist, wenn man es so sagen will, der Prozess der AktivistInnen. Und in dem Sinne müsst ihr nicht nur die Person sein, die da sitzt und irgendwie alles über sich ergehen lassen muss, sondern ihr könnt euch bei einem Standpunkt klarmachen, sagen, warum ihr das gemacht habt, warum das wichtig ist und quasi die demokratische Teilhabe, die an der Straße, auf der Straße angefangen hat, weiter mit in den Gerichtssaal zu tragen, um halt auch nochmal eine

größere Reichweite zu bekommen, um eine andere Plattform zu haben. Das ist so ein wichtiger Aspekt bei der juristischen Arbeit. Dann gibt es aber beim RAZ auch noch den emotionalen, psychologischen Support, der ganz konkret das, was wir vielleicht mit der juristischen Hintergrundbildung nicht ganz so gut können, aber auch versuchen, eben die Ängste aufzufangen. So, was bedeutet das alles für mich? Was bedeutet das für mich als Aktivistin? Oder auch die Frage gerade bei Klima, beim Thema Klimakrise ist auch ein Gefühl von Ohnmacht dabei. Diese Sache ist irgendwie zu groß und dann auch verknüpft mit Klimaangst und dass Menschen dann das Gefühl haben, sie können gar nichts mehr tun. Und da gibt es dann die psychologischen Unterstützungsstrukturen, die Menschen auffangen, versuchen zu sagen, hey, das sind viele Gefühle, die da auf dich zukommen und wie kannst du die einordnen? Wie kannst du damit umgehen? Wie kannst du daraus aber zum Beispiel auch wieder Kraft schöpfen, um dich halt im Aktivismus auf die eine oder andere Art und Weise zu engagieren, um halt deine Selbstwirksamkeit mehr zu erfahren, um diesem Angstgefühl etwas entgegenzusetzen? Das ist die andere auch sehr wichtige Seite vom RAZ. Und das ist im Wesentlichen unsere Arbeit. Und auf Irmas Fall jetzt zum Beispiel, beziehungsweise, du hattest ja schon gesagt, muss Prozesstraining stattgefunden haben, wo man erst mal gesagt bekommt, wie funktioniert das alles? Dann ist auch ganz wesentlich, dass die gelben Briefe, von denen sie gesprochen hat, dass die per E-Mail zu uns geschickt werden können, dass die Leute sich melden können, sagen, oh, ich habe da jetzt irgendwie das XYZ-Einschreiben bekommen. Wie gehe ich damit um? Was muss ich da machen? Das sind häufig alles ganz kleine banale Schritte, banal für diejenigen, die sich damit auskennen, aber überhaupt nicht banal für Menschen - und das sind die allermeisten bei der Letzten Generation, mit der wir hauptsächlich zu tun haben - , die ja das erste Mal mit so was in Kontakt bekommen und dann so vorher noch gar keine Berührungspunkte mit Polizei und Justiz hatten und da ganz viel Ordnungsarbeit erst mal

über E-Mail-Verkehr geleistet wird und dann die Leute aber auch an die Hand genommen werden und gesagt, okay, das und das ist jetzt das Verfahren, das steht dir bevor, das wird kommen. Wir können das so und so mit dir gestalten, ganz wie du das möchtest. Wir können Kontakt zu Anwältinnen herstellen. Wir können uns darum kümmern, wie das Ganze finanziert werden wird. Was sind deine Ziele dabei? Was möchtest du erreichen? Und da diese Protestform quasi, die für AktivistInnen auf der Straße begonnen hat, weitertragen zu können und dass die halt die Möglichkeit haben, von dieser Masse an juristischem Nachspiel, was da kommt, nicht erdrückt zu werden und halt nicht diesen Schritt zurückziehen und sagen, okay, ich habe das einmal gemacht, ich mache das nie wieder. Es ist eine Katastrophe, was da kommt, was da folgt. Das ist quasi das Kernstück unserer Arbeit, da weiter mitzugehen. Und wenn es soweit kommt, dann im Fall wie Irma bis zur Verfassungsbeschwerde eben den ganzen Weg zu begleiten, zu moderieren, zu organisieren, viel. Genau, und vor allem die Verknüpfungsbearbeitung dann zu den entsprechenden ExpertInnen, wenn es um Verfassungsbeschwerde geht, weil ich habe, du hast es am Anfang gesagt, ich bin Rechtsreferendar, ich habe noch nicht die Fähigkeiten, eine Verfassungsbeschwerde zu schreiben, geschweige denn das Ganze irgendwie in der Frist von einem Monat, die man dann nur Zeit hat, das zu machen. Aber da ist dann unsere Arbeit viel, die Verknüpfung von Menschen, die die Expertise dazu haben und das Ganze umsetzen können.

Katja (29:21)

Ja, ist ein wichtiger Punkt, den du da ansprichst, weil es ist ja auch Teil von Ronens Arbeit, wo er auch ein Buch geschrieben hat, Das Recht ist nicht für alle gleich. Also das fängt ja schon an, bei „Deutsch ist nicht meine Muttersprache“ oder „ich hab kognitiv nicht die Möglichkeiten“. Und ganz ehrlich, das ist auch eine Art von Sprache, da hat er auch ein paar Artikel, glaube ich, sogar geschrieben. Das hat ja überhaupt

nichts mit dem Leben zu tun. Das ist ja so, also ähnlich wie Medizin oder so, das sind ja Räume. Wenn man da mal rein geschubst wird, hat man das Gefühl, das ist eine Fremdsprache, die man dafür lernen müsste. Ich weiß jetzt nicht, wie lange du da schon dabei bist, Stephan, aber wenn du so über die Entwicklung so schaust, zum einen hat sich deiner Meinung nach da auch, ähnlich wie Ronen das ja eben auch gesagt hat, in der Eskalation was getan. Und gibt es bestimmte Bundesländer, die anders agieren als andere Länder oder ist das alles sehr einheitlich?

Stephan (30:14)

Ich bin seit einem Jahr dabei. Das heißt, ich habe in der Zeit davor mein erstes Staatsexamen geschrieben und hatte nicht ganz so viel Kapazitäten, um die Entwicklung mitzuverfolgen. Aber in dem einen Jahr, in dem ich jetzt dabei bin, hat sich doch schon einiges getan so meiner Wahrnehmung. Wo wir am Anfang oder wo ich am Anfang noch so eine Steigerung oder dieses Mehrwerden der Strafen, der Höhe der Tagessätze, die Anzahl der Tagessätze gesehen habe, hat sich dann jedenfalls außerhalb von Berlin, sage ich mal, sehr stark was getan, nachdem die Letzte Generation Anfang des Jahres gesagt hat, so das mit den Straßenblockaden, mit dem Kleben, das wird so nicht mehr stattfinden. Wir wandeln die Protestform, wird sich weiterentwickeln in zu den ungehorsamen Versammlungen. Und da wurde viel im, ich sag mal, Verhältnis zu Berlin, Städten, wo wenig passiert ist, an Blockaden, wo dementsprechend auch nur wenig Prozesse zu erwarten waren, geht der Trend sehr stark dann dahin zu sagen, ja, okay, wenn sich Person XYZ, die da angeklagt ist, hinter diese Aussage stellt und sagt, sie trägt diese Strategie der Letzten Generation mit, dann tritt das Strafbedürfnis quasi ein bisschen in den Hintergrund und dann kann man häufig dann über Einstellungen mit den Gerichten und der Staatsanwaltschaft reden und sagen, das wird vielleicht gegen Auflage von Geldzahlungen an Gemeinden, gemeinnützige Organisationen oder Ableistung von Sozialstunden oder

sowas das Ganze dann eingestellt. Gleichzeitig gibt es aber auch gegenläufige Tendenzen bei Menschen, die sehr, sehr viele Aktionen gemacht haben, bevor dieser Wandel halt kam in der Strategie. Und da erleben wir es schon, dass es sich immer weiter zuspitzt. Wir reden dann wirklich über Menschen, die irgendwie 40, 50 Verfahren in Deutschland weiter am Laufen haben. Dass da gesagt wird, ja, nee, da scheint ja kein Lerneffekt da zu sein, dann müssen wir da jetzt mit den Strafen ganz drastisch hochgehen oder das Ganze anziehen. Was einer Logik des Strafsystems folgt, die aber einfach nicht greift, wenn Menschen etwas aus Überzeugung für eine bessere Gesellschaft, sage ich es jetzt einfach mal ganz flach, tun, dann funktioniert es nicht, weil, du kannst seine Weltanschauung nicht dadurch verändern, indem du immer fester drauf haust. Wenn Menschen was für ihre Überzeugung tun und diese Überzeugung dann auch einem altruistischen Motiv folgt, dann funktioniert das Strafsystem einfach an der Stelle nicht. Ob das Strafsystem generell funktioniert, müssen wir hier nicht drüber reden. Das ist vielleicht zu weit.

Katja (33:02)

Aber das ist vielleicht mal noch eine gute ... weil mir gerade eine Frage einfällt tatsächlich. Hast du was beobachtet bei Ronen, dass er auch eben gerade genannt hat, das krasse Urteil mit ein Jahr, zehn Monate. Also das hat ja, also mich hat das ja auch berührt, weil das einfach in der kompletten für mich wahrgenommenen Unverhältnismäßigkeit steht. Hast du da mitbekommen, was das so mit den Leuten, die du betreust, auch machst? Habt ihr darüber gesprochen?

Stephan (33:05)

Also eins vorweg schicken, ich mache momentan relativ wenig konkrete Verfahrensbetreuung, weil ich vor allem bei der Verfassungsbeschwerde organisatorisch viel mitmache. Aber wenn ich das von anderen Leuten so wahrgenommen habe, ist es schon für viele erschütternd gewe-

sen, dass es so krass ist mit der Freiheitsstrafe. Ja, gleichzeitig merke ich aber halt auch, dass es außerhalb von Berlin diese gegenläufigen Bewegungen gibt. Und dass es halt auch noch mal dieses Gefühl von fehlender Rationalität in diesen Strafurteilen sich da einfach verdeutlicht. Auf der einen Seite wird gesagt, okay, wir stellen hier irgendwas, gegen Zahlung von 300, 400, 500 Euro ein. Und auf der anderen Seite wird gesagt, ja, okay, ein Jahr, 10 Monate Freiheitsstrafe - im Endeffekt nahezu identische Sachverhalte in der Regel. Dass da einfach so ein Unverständnis einfach mittlerweile komplett vorherrscht und auch die Frage, wie funktioniert das in einem rechtsstaatlichen System, dass so unterschiedlich geurteilt wird. Und dann vielleicht noch einen kleinen Rückbezug auf deine Frage eben: Unterschiedliche Verhältnisse in den unterschiedlichen Bundesländern. Da kann man auf jeden Fall auch beobachten, dass es ein gewisses Nord-Süd-Gefälle gibt. Also, das ist klassisch für Justiz in Deutschland. Nicht nur bei Letzter Generation, sondern zum Beispiel auch Drogenkriminalität, weil das im Norden nicht ganz so krass ist wie im Süden.

Katja (35:12)

Aber komm, in Hamburg sind wir weit vorne. Also ich glaube, alle, die jetzt aus Hamburg zuhören ... und wenn ich da jetzt nichts zu gesagt hätte als eine, die hier lebt ... das war ja auch bei dem Bus nach Lützerath der Fall ... aber natürlich insgesamt hast du ... also es ist, glaube ich, „Bayern natürlich“, es hört sich so hart an, dass man sagt „Bayern natürlich“, aber das sind ja, ich glaube, vier Bundesländer, die das so ein bisschen ... und da gehört leider auch Hamburg oben dann dazu. Und wie beurteilst du das denn? Also jetzt mal eine ganz dumme Frage, richtet sich das dann nach den Gerichtsbarkeiten in dem Sinne, wo die Taten stattgefunden haben oder wo die Menschen leben, oder wie entscheidet sich das, wo was verhandelt wird?

Stephan (35:30)

Es folgt nach dem Tatort. Deshalb müssen sehr, sehr viele Menschen regelmäßig im Jahr nach Berlin pendeln. Gruß an die Deutsche Bahn, die da bestimmt daran verdient. Ja, genau. Deshalb gibt es halt auch am AG Tiergarten diese Manifestation dieser ganzen Rechtsprechung. Auch die Sache, dass nicht nur wegen Nötigung nach 240 StGB, sondern auch wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte nach 113 StGB verurteilt wird. Das war sehr, sehr lange ein rein AG Tiergarten spezifisches Phänomen. Also Berlin, das haben wir außerhalb, in anderen Bundesländern gar nicht beobachtet. Da steht dann mit zwei Sätzen im Urteil drin, ja, 113 kommt übrigens nicht in Betracht, weil ... Und dann so ein, zwei prägnante Argumente und dann ist es vor dem Tisch. Und in der Verhandlung hast du quasi nie drüber gesprochen. Und das wird sehr selten mit angeklagt. So ein bisschen merkt man es jetzt inzwischen, dass es dazu kommt. Aber bei weitem nicht so. Das ist wirklich so ein spezifisches Berliner Ding, was sie sich mal ausgedacht haben. Okay, wenn die Nötigung in irgendeinem Fall, weil der Tatbestand nicht erfüllt ist, vielleicht doch nicht greift, dann können wir die Leute aber immerhin noch wegen 113 verurteilen. Und nach meiner Auffassung ist das ein ganz klares politisches Motiv, auf jeden Fall dann da eine Strafbarkeit zu sichern. Und das ist auch ein wesentlicher Teil, der Verfassungsbeschwerde in Irmas Fall da aufzuzeigen, dass hier die Wortlautgrenze, so heißt es dann im juristischen Deutsch, gesprengt wird.

Katja (37:29)

Wortlautgrenze. Merke ich mir, wenn ich irgendwie mal bestimmte Spiele spiele. Ja, aber dann skizzier doch eben kurz gegen Ende noch mal. Wie geht's jetzt weiter? Was sind so die nächsten Schritte? Wo wird was entschieden? Wo ist vielleicht auch Ende, weil man nicht mehr weiter eskalieren kann? Wie ich denke, das ist ja auch nicht unendlich möglich. Wie arbeitet ihr da jetzt? Auf welche Dinge geht ihr da ein? Wo man als

Laien auch versteht, um was es da gerade vielleicht auch geht in dieser Verfassungsbeschwerde?

Stephan (38:02)

Ja, die Eskalationsstufe ist nach dem Bundesverfassungsgericht eigentlich nahezu erreicht. Theoretisch wäre dann noch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte denkbar. Der prüft allerdings ein bisschen aus einem anderen Blickwinkel. Aber das wäre so wirklich die aller-allerletzte Eskalation, wo man noch hin gehen könnte. Wir sind der Hoffnung, dass wir das nicht brauchen werden. Sonst hätten wir das mit der Verfassungsbeschwerde ja gar nicht erst gemacht, vermutlich. Und es gibt so viele juristische Probleme rund um den § 240 und auch um die Anwendung des § 113, dass wir uns schon im Vorfeld überlegt haben, wir werden das nicht alles mit einer Verfassungsbeschwerde abdecken können und auch nicht schaffen, weil die Fallkonstellationen zu unterschiedlich sein können. Weshalb wir spezielle Schwerpunkte setzen wollen in unterschiedlichen Verfassungsbeschwerden, die aufeinander folgen und höchstwahrscheinlich sowieso zusammengefasst werden vom Gericht und dann in einer großen Entscheidung alle zusammen entschieden werden. Und mit Irmas Beschwerde, die jetzt die erste ist, haben wir vor allem einen starken Schwerpunkt in der sogenannten Verwerflichkeitsprüfung gesetzt. Ronen hat das ja schon ganz gut geschildert, dass der Nötigungsparagraf so gummihaft und schwammig ist, dass einfach unfassbar viel Verhalten theoretisch strafbar ist. Und dann gibt es eben dieses Korrektiv im zweiten Absatz der Norm, das sagt, dass das Verhalten aber nur strafbar ist, wenn es halt verwerflich ist. Und diese Verwerflichkeit ist eigentlich ein TäterInnen begünstigendes Kriterium, also es schränkt das weiter ein. Und dazu gibt es auch sehr viel Verfassungsrechtsprechung, weil Sitzblockaden jetzt auch nicht was sind, was die Letzte Generation erfunden hat, sondern was schon die Anti-Atomkraft-Bewegung und diverse andere zuvor genutzt haben.

Und es gibt gewisse Kriterien, die da entwickelt wurden, um diese Verwerflichkeitsprüfung ein bisschen mehr zu konkretisieren, weil es ja auch wieder ein ... also, jeder, jede beurteilt vermutlich unterschiedlich, was verwerflich ist. Und damit es aber irgendwo eine Einheitlichkeit gibt, gibt es gewisse Kriterien, die auch nicht abschließend sind, nach denen die Tatgerichte das Ganze beurteilen können und sollen. Und wir beobachten, dass diese Kriterien weitestgehend dann vor allem berücksichtigt werden, wenn sie eigentlich strafbegründend herangezogen werden können, was eigentlich gerade dem widerspricht, dass die Verwerflichkeit TäterInnen begünstigend angewendet werden soll. Und die Aspekte, die eigentlich unglaublich stark für die AktivistInnen der Letzten Generation sprechen, dass die maximal am Rande erwähnt werden, aber nicht wirklich in der Tiefe behandelt. Und das ist zum Beispiel immer der Ortsbezug. Das ist ganz wichtig, das Verfassungsgericht sagt, Demonstrationsfreiheit ist halt so ein schlechthin konstituierendes Grundrecht für eine Demokratie, dass Meinungs Austausch im öffentlichen Raum stattfindet, dass es umso schwerer wiegt, wenn es einen Bezug zwischen der Demonstration und dem Ort der Demonstration gibt. Und ich glaube, du hast es in deiner vorherigen Podcast-Folge, wo es um die Klage gegen das Klimaschutzgesetz ging, ... habt es eigentlich sehr schön ausgeführt, ich weiß die Zahlen leider nicht mehr, wie krass der Verkehrssektor an den Emissionen beteiligt ist und wie hoch potenzielle Strafzahlungen bei Überschreiten im EU-Kontext sind. Wer Reinhören möchte, kann das an der Stelle gerne nochmal machen, ist sehr informativ. Und das ist halt der unmittelbarste Bezug überhaupt! Diese Demonstration auf der Straße mit dem Bezugspunkt Straßenverkehr. Und das wird von ganz vielen Gerichten einfach entweder nur so ... „ja schön, das sehen wir, aber die individuelle Fortbewegungsfreiheit der Person ist dann doch irgendwie wichtiger“. Oder es wird halt gar nicht gesehen. Und das ist so ein Punkt, der uns massiv stört dabei, weil das einfach grundsätzlich die Frage auch aufwirft - ich glaube, das ist auch bei den Klima-

schutzklagen jetzt gegen das neue Klimaschutzgesetz mit drin - man kann ja die Frage aufwerfen, wenn man die Mobilität von heute nicht einschränkt, dann muss man potenziell in zehn Jahren die Mobilität also komplett streichen. Also mit Individualverkehr und hast du nicht gesehen.

Katja (42:20)

Ja, das wird dann wieder die Falschen treffen. Das war ja bei den Demonstrationen der Letzten Generation, weil es natürlich auch in meinem Gebiet sozusagen stattfindet, der Mobilität, war immer das Anstrengendste daran, dass immer gesagt wurde, ich sage jetzt mal ganz blöd, der deutsche Arbeiter muss immer noch zur Arbeit kommen. Wie könnt ihr den da ... das trifft ja da die Falschen. Wo ich mal sage, was bedeutet das denn für den Arbeiter, der auf der Flucht ist wegen Klimaursachen, die wir halt zu verantworten haben. Also das merkt man halt. Also deswegen ist das für mich eine total spannende Podcast-Folge auch, weil ich auch im Recht fast schon wieder was entdecke, was ich überall entdecke, Verdrängung. Also dass die Menschen, die da gerade Recht sprechen, das sind ja privilegierte Menschen. Also wer in dem Job ist, verdient gut, hat wahrscheinlich auch ein Leben, also was vielleicht einen höheren CO₂-Ausstoß hat als Menschen, die wirklich Arbeiter sind. Und das ist für mich ganz, ganz schlimm, dass diese Menschen jetzt gerade Rechtsprechung verantworten in der Verdrängung, in der sie sind vor der Klimakatastrophe. Und das ist nix, was man nach hinten schieben kann oder so. Und deswegen, ja, wann muss man euch denn die Daumen drücken? Wie geht's denn weiter? Welche Daten stehen da im Raum?

Stephan (43:35)

Also aktuell warten wir darauf, dass das Kammergericht, was die Revision von Irma zu verantworten hat, noch über so eine, na ja, es heißt Anhörungsrüge, darüber entscheidet. Weil solange das nicht entschieden ist,

ist offiziell der Instanzenzug noch nicht abgeschlossen. Man muss die Verfassungsbeschwerde wegen dieses Monats Frist trotzdem vorher schon einreichen. Und wir warten jetzt darauf, dass die Anhörungsrüge entschieden wird. Und dann wird's beim Verfassungsgericht von einer allgemeinen Registersache zu einer spezifischen, einem der beiden Senate zugeordneten Fallkonstellation. Und dann geht das Ganze wirklich in die juristische Prüfung beim Verfassungsgericht vor Ort. Und wie schnell oder lange die ganze Prüfung am Ende dauert, das kann ich nicht beurteilen. Mir wurde mal bei einer BesucherInnenführung beim Verfassungsgericht gesagt, der Schnitt liegt so bei zwei Jahren. Mal geht's schneller, mal dauert's länger. Es kommt auch immer drauf an, wie umfangreich der Sachverhalt ist und wie problematisch die ganze Angelegenheit und die Auslastung natürlich. Wir hoffen aber, dass aufgrund der Brisanz für viele noch laufende Strafverfahren und die Wichtigkeit des Anliegens auch vor dem Hintergrund ist - Irma hat's ja auch schon angerissen - es hier auch um die Verteidigung von Protesträumen geht, um Möglichkeiten der politischen Teilhabe, über das Thema Klimaschutz hinaus. Und vor der Entwicklung der politischen Situation, dass das Verfassungsgericht hoffentlich eine gewisse Dringlichkeit verspürt, sich einigermassen zügig, aber halt trotzdem im Rahmen dessen gründlich dazu zu äußern. Aber was da das nächste Datum in dem einen Fall ist, vermag ich nicht zu sagen. Wir haben jetzt schon die nächste Kammergerichtsentscheidung, wo die nächste Verfassungsbeschwerde vorbereitet wird, die dann einen anderen Schwerpunkt setzt. Und ja, Daumen drücken, dass es innerhalb des nächsten Jahres irgendwie konkreter wird.

Katja (45:35)

Wo und wie gestaltet siehst du eigentlich, lieber Ronen, um dich noch mal reinzuholen, den zukunftspositiveren Weg von Recht? Hast du das Gefühl, dass da, du bist ja auch sehr viel tätig, du schreibst Bücher darüber, du bist jemand, der sich sehr bemüht, dass auch Recht inklusiver

wird, weil ihr habt ja eine Sprache, da denke ich jedes Mal, wenn man da einen grauen Brief bekommt von irgendeiner Stelle, ich stehe mit einem Bein im Knast. Also wo siehst du hier Chancen, wie arbeitest du daran, dass es eine zukunftspositivere Vision von Recht auch gibt?

Ronen (46:06)

Ich sehe, dass die Klimabewegung mit ziemlich großem Erfolg, und das, finde ich, macht auch Hoffnung, mit ziemlich großem Erfolg selber Klagen einreicht. Also, es ziehen Menschen vor das Bundesverfassungsgericht und fordern dort ein, dass die Klimaziele von der Politik besser verfolgt werden sollen. Dass es nicht geht, wenn die Bundesregierung lasche Ziele ausgibt oder die eigenen Ziele auch noch verwässert im laufenden Betrieb. Und die finden damit Gehör. Das ist etwas, was es vor einer Generation noch nicht gab, dass Leute aus NGOs so professionell und so schlagkräftig aufgetreten sind vorm Bundesverfassungsgericht. Und das erleben wir jetzt seit einer kleinen Anzahl von Jahren, dass das eigentlich ganz gut funktioniert. Dass es gut funktioniert, diese Argumente in Bezug auf Klima in so eine juristische Sprache zu verpacken. Ich will's mal auf den Punkt bringen. Ich hab, als ich zur Schule gegangen bin, immer erlebt, dass, wenn über Klima gesprochen wurde, von Grad Celsius die Rede war. Und von Millimetern des Meeresspiegelanstiegs. Und ich erlebe heute, dass man eher von Gerechtigkeitsfragen spricht. Also Klimagerechtigkeit. Davon, dass eine Generation sieht, wie ihre Zukunft verfeuert wird von egoistischen Leuten heute. Und das ist, glaub ich, eine Sprache, die viel mehr Menschen bewegt, viel mehr Menschen mitnimmt. Und tatsächlich auch einen Weg eröffnet, dass man da gerichtlich auch was einklagen kann. Weil beim Bundesverfassungsgericht, wo nicht irgendwelche kleinen Paragraphen vor den Richterinnen und Richtern liegen, sondern ein paar wenige große Worte des Grundgesetzes, beim Bundesverfassungsgericht kann man sehr viel anfangen mit dieser Beschwerde, mit diesem Gedanken, dass es eine Gerechtigkeit

auch zwischen Generationen gibt, auch zwischen Menschen auf verschiedenen Teilen des Globus. Und wir haben es gesehen 2021 beim Klimabeschluss, wo also ein paar Schülerinnen und Schüler letztlich von einer Nordseeinsel - aus Pellworm - da in Karlsruhe erfolgreich waren und wirklich die Politik damit beeinflussen konnten. Und ich glaube, in diese Richtung werden wir noch eine ganze Menge mehr sehen, wenn das so weitergeht, und das finde ich etwas sehr, sehr hoffnungsvolles.

Katja (48:22)

Irma, für dich sozusagen famous last words, weil mich würde interessieren erstens, welche Reaktionen haben dich so erreicht, dass du diesen Weg jetzt gehst? Und was ist für dich die Hoffnung, die da auch drin steckt? Also was verbindest du mit diesem Weg, den du da jetzt gehst?

Irma (48:37)

Um vielleicht mit den Reaktionen anzufangen, damit es am Ende was Schönes gibt. Also die Reaktionen sind da eine ziemlich weite Range. Es gibt, würde ich sagen, wie immer, wenn man sich gerade als seitlich gelesene Person überhaupt irgendwie äußert und gerade auch im Internet immer auch eine Reihe an inhaltsleeren, persönlichen Kommentaren oder Nachrichten, die man bekommt, die einfach mit dem klaren Ziel, dich anzugreifen und zu verletzen, da sind oder dir Angst zu machen, das ist auf jeden Fall immer Teil davon. Und ich weiß nicht, das hat jetzt inhaltlich nichts damit zu tun, aber irgendwie finde ich es auch wichtig zu verstehen, dass das viele Leute auch davon abhält, Sachen, die sie machen, öffentlich zu machen oder überhaupt zu machen. Und dass das sehr schade ist und genauso auch Protesträume einschränkt. Dann gibt es natürlich immer Leute, die finden, dass die Justiz da total richtig handelt und die findet, man soll möglichst hart bestraft werden. Das ist interessant, aber auch schwer zu verstehen manchmal. Und ich würde sagen, es gibt viele Leute, denen erst mal das Grundwissen fehlt, um zu

bedeuten, was eigentlich eine Verfassungsbeschwerde ist, wie der Prozess dahin führt, was vorher passieren muss, was das dann bedeutet und was daraus folgen kann. Und ich glaube, dafür ist eben so eine Information wie hier in diesem Podcast so voll gut, um das einmal zu verstehen und einzuordnen. Und dass ich das Gefühl habe, gerade auch Freundinnen oder so, die ich habe, die nicht selber so viel mit Aktivismus oder dieser Art von Protest zu tun haben oder die meisten Leute eben nicht diese Gerichtserfahrung machen, was ja erst mal gut ist, dass es einfach auch schwer zu verstehen ist. Dass man da sehr viel einordnen können muss. Und dann würde ich sagen, von Leuten, die es einordnen können und die irgendwie da ein bisschen näher dran sind, inhaltlich, kriege ich vor allem viel Interesse mit und irgendwie eine Hoffnung, dass das hilft und dass es wohin führt, dass sich daraus die richtigen Gespräche ergeben sozusagen und dass sich daraus eine Rechtsgrundlage bildet, die Amtsgerichte zum Beispiel, die halt häufig sagen, sie können gar nicht so frei entscheiden, weil sie nur quasi mit Recht arbeiten können, das es schon gibt, weil sie Präzedenzurteile brauchen, dass es dort eine neue Richtlinie geben kann. Und das ist auch, um überzuleiten zur Hoffnung, ein Teil von meiner Hoffnung. Ich glaube, um nochmal zurück zu kommen zum Anfang, weil wir es hatten von Gerechtigkeit und Recht und dass es eben nicht das Gleiche ist, dass ich sowohl in meinem eigenen Verfahren als auch, wenn man sieht, wer sonst so im Gericht rumläuft, wer angeklagt ist, wie gut die Leute vorbereitet sind, was sie für Ressourcen haben, das ist eben sehr, sehr unterschiedlich. Und ich glaube, was so Absurditäten am Gericht angeht, kann man wahrscheinlich 30 Folgen extra machen, was da halt passiert, einerseits an irgendwie Kommentaren von RichterInnen oder so, irgendwie zu dem, was man anhat oder klar, wo man sich so denkt, okay, ich dachte, irgendwie sind wir darüber hinaus. Und aber auch, also genau das eben häufig auch gerade RichterInnen sagen so, hey, ich verstehe, warum du das machst und ich finde es an sich auch richtig, ich habe auch Angst. Ich bin genauso alt

wie du und ich habe die gleichen Sorgen und trotzdem kann ich hier nicht anders, als dich zu verurteilen. Und dass dieses Ich-kann-nicht-anders teilweise ... also ich weiß, dass es da auch Druck gibt, der ausgeübt wird auf RichterInnen und Staatsanwälte und dass das eben auch ein sehr hierarchisches System ist. Und gleichzeitig habe ich aber auch Leute erlebt, die diesen Handlungsspielraum sich genommen haben, also die eben dann doch freisprechen, auch in Berlin. Oder ich hatte einen Staatsanwalt, der gleich zu Beginn vom Verfahren quasi den Strafsatz halbiert hat, weil er meinte so, hey, es ist halt Sachbeschädigung, das lässt sich jetzt hier irgendwie nicht anders schieben. Aber es ist halt so nachvollziehbar und so wichtig, dass man das nicht ... also dass man es so niedrig wie möglich bestrafen sollte. Und so indem das zu erleben, dass es da immer wieder auch Leute gibt, die den Mut auch haben irgendwie und die Konsequenz, sich da aktiv zu der konkreten Situation und zu der Welt, in der wir leben, zu verhalten, das ist, was ich auch mir vom Verfassungsgericht irgendwie erhoffe oder erwünsche. Und ich glaube, dass einerseits ... also mein Eindruck ist, dass was halt irgendwie so sehr fehlt in einem Rechtskodex oder wie auch immer, worauf Richterinnen Bezug nehmen können, ist halt eine Komponente, die bei der Klimakrise wahnsinnig wichtig ist, was eine intergenerationale und eine intertemporale Sache ist, dass die Leute, die halt die Klimakatastrophe am meisten betrifft, halt die sind, die heute noch nicht geboren sind oder die heute nicht wählen können, die heute keine Stimme haben. So Deutschland ist auch kein Land, das Kindern und Jugendlichen besonders viel Raum oder Stimme gibt. Und das wird einfach nicht berücksichtigt. Und wie jede Krise trifft auch die Klimakrise als allererstes so Leute, die sich am schlechtesten dagegen wehren können, so Leute, die arm sind, Leute, die wenig Mittel haben, so Leute, die verletzbar sind. Und dass diese Ungerechtigkeit, ja, dass die irgendwie eine Anerkennung findet in der Rechtsprechung, so das würde ich mir wünschen. Und dass die ... also ich glaube auch, ich meine, als wir die Letztgenera-

tion gegründet haben, haben wir gesagt, es gibt noch zwei bis drei Jahre Zeit dafür zu sorgen, dass wir die Möglichkeit haben, die Weichen so umzustellen, dass wir nicht in der Klimakatastrophe landen. Und die Zeit ist abgelaufen. Und wir haben das nicht geschafft, also nicht als Letzte Generation, nicht als Gesellschaft, nicht in Deutschland und nicht im Rest der Welt. Das heißt, wir werden auf jeden Fall, und man spürt es ja auch jetzt, da noch sehr viel heftigere Szenarien erleben. Und das ist klar. Und wenn jetzt zum Beispiel das mit der Verfassungsbeschwerde kann sehr lange dauern, es kann sein, dass in zwei Jahren so die Umstände ganz andere sind als heute. Und es gibt da einfach sehr viel Ungewissheit. Und ich hoffe, dass das Verfassungsgericht in der Lage sein wird, zu verstehen und anzuerkennen und es auch so zu bewerten, dass gewaltfreier und irgendwie legitimer Protest kein Verbrechen ist und auch nicht so verurteilt werden darf. Und dass es nötig ist, um eine progressive Gesellschaft, um eine demokratische Gesellschaft überhaupt zu ermöglichen, dass es diesen Freiraum gibt und dass, wenn ich mich einsetze für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für Menschenwürde, für Demokratie, dass ich keine Angst haben muss, dass ich dafür ins Gefängnis komme. Und ich finde es tragisch, dass ich von Anfang an mich mit diesem Gedanken befassen musste in dem Protest, dass das eine Möglichkeit ist. Und ich wünsche mir, dass niemand diese Angst haben muss und dass niemand überlegen muss, bevor er sich für Menschenwürde oder für Klimaschutz einsetzt. Und diese Entscheidung muss den Leuten irgendwie leichter gemacht werden, weil wenn die so schwer ist wie jetzt gerade, dann werden wir das einfach nicht schaffen, die Schritte zu gehen, die wir gehen müssen, damit man weiter einigermaßen würdevoll leben kann. Wenigstens in diesem Land.

Katja (56:15)

Danke für die Worte noch mal zum Schluss, weil ich glaube, das ist gut so abzurunden, weil das bei allem Rechtlichen, was es da gibt, natürlich

auch immer Antriebe gibt. Und das eint uns ja auch, dass ich Ungerechtigkeits-angetrieben bin, weil das System, was wir gerade haben, einfach Bullshit ist für alle möglichen Menschen. Und wir tun gerade so, als müssten wir den Garten Eden verlassen, der total super ist. Und jetzt gibt es aber leider diese Klimakatastrophe. Und natürlich sind mir auch diese Vorwürfe auch bekannt, aber ich denke, unter den Privilegierten sollte es einfach Konsens sein, für Menschen einzustehen, die halt nicht die Ressourcen oder die Zugänge haben. Und umso toller ist auch so eine Arbeit wie bei euch da vom RAZ, dass ihr solche Dinge auch erkennt. Und das ist ja auch eine Art von aktivistischer Arbeit, die eigene Ausbildung zu nutzen, um Menschen da nach vorne zu bringen. Ja, wir halten euch auf dem Laufenden, würde ich mal sagen. Wenn diese Folge ausgestrahlt wurde, werdet ihr natürlich noch weiter davon hören, wie es denn weitergeht. Erstmal danke ich euch jetzt für eure Zeit und wünsche euch noch einen schönen Tag.